

Unsere Alternative:

**WAHLBOYKOTT
& KLASSENKAMPF**



TROTZ ALLEDDEM · Nr. 52 · August 2009

Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Es regnet Wahlversprechungen vom bundesdeutschen Himmel. Gebündelt sind sie in Hunderten von Seiten langen, dicken Wahlkampf-Programmwalzern. Wahrscheinlich liest diese sowieso niemand. Ihre „Botschaft“ wird mit zumeist einfallslosen Wahlkampflogos und nichts sagenden Kopfplakaten unters Volk gebracht.

CDU/CSU stimmen deutschnational an: **„Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land.“** Das **Wir** ist in **schwarz/rot/gold** hinterlegt. Mit diesem Slogan ist auch ihr „Regierungsprogramm 2009-2013“ (92 Seiten *) versehen.

FDP verkündet **„Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm“** (86 Seiten) und zieht mit dem deutsch-tümelnden Spruch **„Deutschland kann es besser“** in die Wahlschlacht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gleich einen 220 umfassenden **„Grünen neuen Gesellschaftsvertrag: Klima+Arbeit+Gerechtigkeit+Freiheit“** in die Wahlkampfarena geworfen. Ihr lahmer Werbespruch lautet: **„Aus der Krise hilft nur Grün“**. Auf Plakaten wird schwer inhaltlich geklotzt wie z.B. „Es geht ums Ganze!“ oder „Klimaschutz wirkt!“

Das hohle Wahlmotto der SPD ist **„Unser Land kann mehr.“** Ihr ‚Regierungsprogramm‘ (95 Seiten) ist getitelt: **„Sozial und demokratisch – Anpacken. Für Deutschland.“**

DIE LINKE kontert mit ihrer Wahlprogrammbroschüre (nur 57 Seiten) nicht gerade originell: **„Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.“** Immerhin hat sie sich Deutschland gespart. Inhaltlich bietet DIE LINKE Plakate zu ihren Wahl-Schwerpunktthemen: **Mindestlohn gerade jetzt! Hartz IV abwählen! Reichtum besteuern! Raus aus Afghanistan! Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken! Gegen die Rente ab 67!** Sie sind mit knappen Begründungen versehen. Damit unterscheidet sich DIE LINKE zumindest von dem vorherrschenden BILD-Niveau-Wahlkampf der anderen Parteien.

Die schwammigen Programme und Wahlkampflogos von FDP, CDU/CSU, SPD und GRÜNEN, bestätigen nur, was die politische Praxis der letzten Jahrzehnte drastisch bewiesen hat: Das sind Parteien des bürgerlichen Konsens. Die Unterschiede in ihren Forderungen, in ihren Vorschlägen, in ihren Analysen und vor allem in ihren Zukunftsvisionen sind minimal, ja, ganz ganz klein. Wie in Fernsehshows oder im Internet auf you tube, face book zu bestaunen ist, haben die Politiker dieser Parteien alle die gleiche abgehobene Polit-Sprache. Nicht die harte Realität eines brutalen kapitalistischen Alltags quält sie, sondern der Machterhalt dieses Systems und ihr spezieller Platz an seinen Futtertrögen.

Gibt es in diesem Wahlkampf eine wählbare Alternative?

Gibt es eine Partei, die tatsächlich nicht nur auf dem Papier und in Worthülsen, sondern auf der politischen Agenda unsere Interessen, die der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, der werktätigen Menschen vertritt? Viele kritische und kämpferische Menschen beantworten diese Fragen damit: "Ja, das ist DIE LINKE, die, zwar verhalten, aber immerhin in ihrem Wahlprogramm 'grundlegende' Veränderungen" will. Weil DIE LINKE in der Arbeiterbewegung diesen Ruf hat, wollen wir uns als Schwerpunkt mit ihrem Wahlprogramm auseinandersetzen.

* Alle Seitenangaben beziehen sich auf die Wahlprogramme der jeweiligen Parteien

KRISE & WAHLKAMPF

Die Krise ist der Wahlkampfschlager: Alle Parteien wollen sich als Krisenretter profilieren! Sie übertreffen sich schier in Anklagen gegen den Heuschrecken-Kapitalismus und fordern in ihren Wahlprogrammen: Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft, die angeblich durch den ‚Turbo‘- Kapitalismus, den Casino-Kapitalismus, Neoliberalismus usw. zerstört worden sei. Zurück zum Frühkapitalismus „des ehrlichen Kaufmanns“ und zurück zum „Kerngeschäft“ der Bank „Spareinlagen“ zu verwalten. Sogar die **CDU** prangert an: „Kreditvergabe, Geldpolitik, Risikovorsorgen, Finanzprodukte – wenn all dies ohne den erforderlichen Ordnungsrahmen ... stattfindet, wenn Verantwortungslosigkeit infolgedessen sogar noch mit Schwindel erregenden Summen belohnt wird, dann wird ein Kartenhaus errichtet, das irgendwann einstürzen muss. Wir brauchen international eine Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getragen wird und sich an den Prinzipien **des ehrlichen Kaufmanns** orientiert.“ (S.6)

Die **SPD**: „Eine menschliche Gesellschaft statt ungezügelter Kapitalismus, mit klaren Regeln für die Märkte“ (Wahlflyer).

DIE GRÜNEN stellen fest „Der Casino-Kapitalismus hat abgewirtschaftet“ und wollen „Die Spielhölle der Finanzjungleure schließen“ (S.39) Es ist höchste Zeit „einen effektiven Ordnungsrahmen zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt.“ (S.39)

Alle ereifern sich über die „Auswüchse des Raubtierkapitalismus“, die angeblich zur Krise geführt haben. SPD/CDU/GRÜNE/FDP stimmen das Lied von der sozialen Marktwirtschaft an und geben vor, mit ein paar Gesetzen könne die Macht des Finanzkapitals eingeschränkt werden. Und alles wird wieder gut! Kein Wunder, sie sind die Hüter dieser Ordnung.

DIE LINKE stimmt in den Chor ein, geht einen kleinen Schritt weiter und fordert: **grundlegende Veränderungen** des Finanz- und Wirtschaftssystems (S.6). Sie fährt in der Analyse schweres Geschütz auf: „Der Kapitalismus hat die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren getrieben.“ (S.3) „Diese privaten Reichtümer wurden zum Treibstoff für den raketenhaften Aufstieg der Investmentfonds, der Hedgefonds, für die Weltmacht Finanzwirtschaft. Weil diese Fonds hunderte Milliarden Euro einsammelten **gewannen sie Macht über die Politik**. Ihre Anlage und Investitionswünsche wurden sogar für starke Staaten zum Befehl.“ (S.4) „Die aktuelle Krise ist die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit produziert.“ „Der Finanzkapitalismus ist gescheitert“ (S.6) Und was sind die Lösungen? DIE LINKE fordert: Private Banken vergesellschaften, Leerverkäufe, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften verbieten“. (S.10) Also im Grunde nichts anderes als die anderen Parteien auch! Sie wollen dem entwickelten, imperialistischen Finanzkapital Schranken auflegen – nur das System grundlegend ändern, das will auch DIE LINKE nicht!

Alles was als Auswüchse des „Casino-Kapitalismus“ heute angeprangert wird, ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts das **Wesen der Herrschaft des Finanzkapitals im entwickelten Kapitalismus**. Die Krise ist eine ganze „normale“ Erscheinung, und sie wird, solange es das System gibt, immer wieder daraus entstehen. Wir greifen auf die, sich bis heute täglich immer wieder bestätigende Analyse Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ zurück. Lenin beweist die Vorherrschaft des spekulativen Finanzkapitals und das ‚Aussterben des normalen Kaufmanns‘. Er zitiert einen deutschen Ökonomen, Herrn Kestner: „Auch innerhalb der reinwirtschaftlichen Tätigkeit tritt eine Verschiebung vom Kaufmännischen im früheren Sinne zum Organisatorisch-Spekulativen ein. Nicht der Kaufmann kommt am besten vorwärts (...) sondern das **spekulative Genie**, das die organisatorische Entwicklung, die Möglichkeit der Beziehungen zwischen einzelnen Unternehmungen und zu den Banken vorauszurechnen oder auch vorauszufühlen vermag.“ Lenin schlussfolgert: „In eine menschliche Sprache übertragen bedeutet das: Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht‘ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies‘ der Finanzmächenschaften zufallen. Diesen Mächenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den – **Spekulanten zugute**.“ („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Werke, Bd.22,S.211)

Die objektiven Gesetze ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen werden von der LINKEN geleugnet und populistisch moralisierende Verurteilungen angebracht: „Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft hervorgebracht, in der die Herrschenden Gier, Geiz, Egoismus und Verantwortungslosigkeit zu Tugenden erhoben



haben. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen darf das Land nicht länger überlassen werden. Sie sind nicht bereit aus dem Scheitern ihrer Dogmen Lehren zu ziehen. Die Deutsche Bank hält weiterhin Renditen von 25% für das entscheidende Ziel unternehmerischen Handelns.“ (S.3) Also, die bösen Kapitalisten, Banker und Manager sind schuld? Die marxistische Analyse hält dagegen: „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen“ (Lenin, ebenda, S.257) Weder originell noch neu sind die Versuche des bürgerlichen Staates seine Ordnungsaufgabe, das System auf jeden Fall am Leben zu halten, mit allen Mitteln durchzusetzen. „Bürgerliche Gelehrte und Publizisten treten als Verteidiger des Imperialismus gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste ‚Reform‘projekte von der Art **einer Polizeiaufsicht über die Truste oder Banken** u.a. die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken.“ (Lenin, ebenda, S.291)

Genau das läuft aktuell ab: Alle überbieten sich, inklusive der LINKEN, in Vorschlägen zur Kontrolle des Finanzkapitals, um sich zu profilieren und das Wahlvolk ruhig zu stellen. Damit wird nur versucht die Wahrheit zu übertünchen, dass der Mechanismus dieser Wirtschaftsordnung auf der einen Seite Milliarden und Abermilliarden spekulativer Profite rund um den Globus aufhäuft und auf der anderen Seite Millionen und Abermillionen Menschen in Hunger, Elend und Armut darben. Was jetzt schon klar ist, wird verschwiegen: Gestärkt aus der Krise werden die Finanzjongleure hervorgehen, die Spekulationen werden weiter um den Erdball toben, die unterdrückten Klassen werden weltweit stärker geknechtet und ausgebeutet. Und die **nächste Krise** wird kommen wie das Amen in der Kirche.

DER STAAT WIRD'S RICHTEN?

Alle Hoffnungen legt DIE LINKE auf den Staat: Er soll's richten! Sie wittert die Chance für ihr Staatskapitalismus-Konzept: „In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise rufen selbst neoliberale Fundamentalistinnen und Fundamentalisten nach dem rettenden Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in der Krise die Gelegenheit versäumt, die Spielregeln grundlegend zu ändern, bereitet durch Unterlassung die nächste Krise vor“. (S.56) (Wie schon gesagt, auch die besten Spielregeln, werden keine erneute Krise verhindern. Das ist das ABC marxistischer Kapitalismuskritik.) DIE LINKE präsentiert uns also den Staat, der offenbar ‚klassenneutral‘ über ‚unserer‘ Gesellschaft schwebt als Heilsbringer. Ihre Lösung ist, „dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt.“ (S.10) „Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Sparkassen beweisen, dass Banken in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden können. In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen“. (S.10) „Damit sie (die Banken) sich wieder berechenbar auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren, die da sind: Wirtschaft und Bürgerinnen mit Krediten zu versorgen“ (S.7). Also zurück zum Frühkapitalismus. Die Entwicklung vom **Bank- zum Finanzkapital** scheint für DIE LINKE nur eine seltsame Verirrung der Geschichte gewesen zu sein. Banken sollen nur noch als ‚Geldausleiher‘ fungieren. Wie kann man so – trotz besseren Wissens, ihre führenden Köpfe haben alle Marx und Lenin studiert – im Reformismus baden. Es gibt kein Zurück! Das Finanzkapital ist der ökonomische Herrscher der Welt und es wird sich bestimmt nicht durch solche lächerlichen Vorschläge ins 19. Jahrhundert zurück katapultieren lassen.

Lenin zeigt auf: „Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken und den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt.... Die ‚Personalunion‘ der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der ‚Personalunion‘ der einen wie der anderen Gesellschaften **mit der Regierung**.“ (Lenin, ebenda, S.225)

Dieser Prozess ist nicht rückgängig zu machen, sondern ihm kann nur durch einen Umsturz der existierenden Wirtschaftsordnung und seines Überbaus der Garaus gemacht werden. Aber genau davor schreckt DIE LINKE ja zurück.

Als besonderen Hit preist DIE LINKE an: „Staatliche Hilfen nur im **Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile**“, (S.12) also alle Konzerne die staatliche Kredite und Bürgschaften erhalten, sollen dafür Eigentumsrechte an den Staat abgeben. Denn, so verspricht DIE LINKE treuherzig, bei Staatsbesitz, der so genannten öffentlichen Hand „steht die Leistung für die Menschen im Vordergrund“. (S.32) Hier fragen wir: Haben die



Pleiten, Pannen und Betrügereien der Landesbanken, die faulen Spekulationen der Sparkassen nicht bewiesen, das sind keine Entgleisungen, sondern das waren und sind ihre „Kerngeschäfte“? Bürgerliche Politiker sollen die Garanten für „die Interessen der Menschen“ sein, moralischer und besser als Banker, Manager und Monopolherren? Die Verflechtung von Finanzkapital, Monopolen und Staats- und Regierungsbeamten macht das Wesen der heutigen Gesellschaft aus. Wenn plötzlich auch die CDU wieder für Verstaatlichungen ist, dann nicht „aus Liebe zum Menschen“, sondern um die Verluste auf den Staatshaushalt zu wuchten und die Werktätigen dafür bluten zu lassen! Auch hier trifft die leninsche Analyse messerscharf auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit 2009 zu: „Es sieht so aus, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das **Staatsmonopol** könnte sich von unerwarteter Seite her an sie anschleichen. Aber diese Angst geht selbstverständlich nicht über den Rahmen einer Konkurrenz, sagen wir, zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliardenanlagen der Sparkassen in Wirklichkeit zu guter Letzt ein und dieselben Magnaten des Bankkapitals; und andererseits ist **ein Staatsmonopol** in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel **zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre** aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem **Bankrott** nahe sind.“ (Lenin, ebenda, S.221)

Getoppt wird die Schönfärberei des Kapitalismus von der LINKEN noch mit ihrer Einschätzung: „Die aktuelle Krise ist die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit produziert. Gerade in den letzten zehn Jahren haben sich die Regierungen in den Dienst des Kapitals gestellt.“ (S.5) Also bis 1999 war alles paletti, da hatten wir Regierungen im Dienste... ja von wem... der werktätigen Menschen?!

Hat DIE LINKE, als sie PDS hieß, in ihrem Wahlprogramm 2002 noch zaghaft „für eine sozialistische Zukunft“ geworben, allerdings auf der „Grundlage der Verteidigung des Grundgesetzes“, so ist sie heute dabei gelandet zu fordern: „Eine Wirtschaftsordnung; die den Kapitalismus schrittweise überwindet“. (S.6) Als weitgestecktes Ziel formuliert sie heute: „Wir stehen vor einer klaren Alternative: entweder setzt sich weiter ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch oder wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Es ist Zeit für echte Alternativen.“ (S.5) „DIE LINKE fordert, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und umzukehren“, (S.29). Das alles sind fromme Wünsche, nach dem Motto: Kapitalismus bitte höre doch auf Kapitalismus zu sein!

„Das Kapital ist es einmal da, herrscht es über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas an dem Wesen der Sache.“ (Lenin, Über den Staat 1919)

DEMOKRATIE & KLASSENGESELLSCHAFT

DIE LINKE schürt die Illusion, dass die Gesellschaft in der wir leben eine Demokratie ist in der angeblich alle gleich sind. Aus der Spaltung der Klassengesellschaft in die Klasse der ArbeiterInnen /Werktätigen und in die Klasse der Bourgeoisie macht DIE LINKE eine „Parteienspaltung“: „Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von Politik: der Grünen, der Liberalen, der Sozialdemokraten, der Konservativen.“ „Um die Ursachen der sozialen Spaltung zu überwinden... müssen alle Menschen das Recht und die Chance haben, die Zukunft mitzugestalten“. (S.5) Das ist nichts anderes als ein weiterer Wunschtraum, der nichts mit der Realität in der BRD zu tun hat.

Wie sollen die Werktätigen die Zukunft mitgestalten? Die ArbeiterInnen, die jetzt auf die Straße gesetzt werden, bei Opel, auf den Werften, bei Hertie/Karstadt usw., welche Einflußmöglichkeiten haben sie? Sie sind der Brutalität der Verhältnisse unterworfen!

„Das Vertrauen in die Regeln einer demokratischen Gesellschaft lebt von der Erfahrung, dass diese Regeln für alle gelten, für den Erwerbslosen genauso wie für den Bankvorstand oder die Milliardärin im Pelzmantel. (...) Sonderrechte für große Unternehmen und Banken sind wie ein schleichendes Nervengift für eine demokratische Gesellschaft.“ (S.41)

Es gibt keine Sonderrechte für das Kapital! Der Kapitalismus, die Grundlage dieser Gesellschaft, das ist das „Sonderrecht“: Die einen verfügen über das **Privateigentum an den Produktionsmitteln**, über

Milliarden Euro Kapital, sitzen an allen entscheidenden Machthebeln, die anderen verfügen über nichts. Die bürgerlichen Politiker und Parteien sind nur die Sachwalter dieser Herrschaft. Das ist bürgerliche Demokratie! Der Wahlkampfeslogan von Gysi: „Reichtum für alle! Damit es im Land gerecht zugeht!“ ist einfach Hohn!



KEINE KRIEGE?

Voran wollen wir die Tatsache stellen: „Der Deutsche Imperialismus hat seinen Raubtiercharakter völlig enthüllt.“ (Lenin, 1919) Er hat den ersten imperialistischen Weltkrieg entfacht und nur wenig später den 2. Weltbrand angezettelt. Am Ende, geschlagen durch die Völker der Welt, voran die sozialistische Sowjetunion, wurde der deutsche Imperialismus zunächst in Westdeutschland von den westlichen Mächten als antikommunistischer Schutzwall wieder aufgepöppelt. Damit begann der erneute Aufstieg zur weltweit agierenden Großmacht.

Diese Tatsachen dürften den LINKEN-Theoretikern durchaus bekannt sein. Aber als „sozialdemokratisch“ geläuterte Parlamentsfuzzis, die in ihrem ganzen Wahlprogramm das Wort sozialistisch meiden wie der Teufel das Weihwasser, verkünden sie als letzte Weisheit: „Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland in wachsendem Maße den Charakter einer **imperialen** Rohstoff- und Energiesicherungspolitik!“ (S.49) ‘Imperial’ ist der Neokolonialismus der BRD seit ihrer Gründung. Er hat in den 50er Jahren seine ersten neuen Aufschwünge erlebt! DIE LINKE bestreitet damit nicht nur den imperialistischen Charakter Deutschlands, gleichzeitig wird auch die deutsche Großmacht klein gemacht. Dementsprechend wird sie als „kleine Schwester“ des US-Imperiums verkauft. „Die Bundesregierung orientiert sich außenpolitisch stärker an der Konfrontations- und Interventionspolitik der USA!“ (S.54)

Die BRD ist über Wiederbewaffnung, Schaffung der Bundeswehr, Aufrüstung, Militarisierung auch militärisch eine Weltmacht auf Augenhöhe mit den anderen Großmächten. Ihre Beteiligung an Interventionskriegen der UN oder der NATO erfolgt entsprechend ihrer eigenen Interessen, im Widerstreit mit den anderen Konkurrenten. Krieg in Ex-Jugoslawien, Kampfeinsätze im Kosovo, Intervention in Afghanistan, Kriegsbeteiligung im Irak, Militäraktionen am Horn von Afrika... alles Beispiele für ihr kriegerisches Expansionsstreben.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Parlament, die diesen Einsätzen nicht zugestimmt und ihre Stimme verweigert hat. Das unterscheidet sie von der pazifistischen Verlogenheit der GRÜNEN, die die Militärauslandseinsätze, wie in Ex-Jugoslawien und Afghanistan, mit der SPD durchgezogen haben. Aber ihre Forderungen wie: „**Raus aus Afghanistan!** Die Bundeswehr darf sich nicht an Kriegen beteiligen! Unser Land muss Frieden schaffen, konsequent auf Abrüstung und Entwicklungshilfe setzen!“ (Wahlplakat) schaffen ungeheure Illusionen! In diesem gesellschaftlichen System ist eine Politik der „Nichtkriegsbeteiligung“ für eine Großmacht wie die BRD unmöglich.

Natürlich müssen wir gegen die Kriegsbeteiligung im Irak oder in Afghanistan ankämpfen, natürlich kann eine breite Massenbewegung den einen oder anderen Krieg verhindern. Aber eine bürgerliche Armee zu fordern, die sich nicht an Kriegen beteiligt, ist die Quadratur des Kreises!

Dass sich DIE LINKE auch ein Hintertürchen offen hält beweist sie mit der Position: „DIE LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat ab.“ (S.52) Bleibt die Frage offen, an welchen **völkerrechtskonformen Militäreinsätzen** darf die Bundeswehr mitmachen? Dazu schweigt sich DIE LINKE elegant aus. Meint sie damit eventuell das UN-Protectorat Haiti?

DIE LINKE schürt auch die Illusion in die **UN**: sie soll „**die zentrale Institution**“ sein um „das Völkerrecht und die die Menschenrechte zu achten“. (S.50) Die politische Realität beweist jeden Tag das Gegenteil. UN „Aufbauhilfe“, „Menschenrechte“ – alles nur leere Versprechungen. Die UN führt Krieg im Interesse der Großmächte, so wie sie im Frieden das Elend verwaltet. „Friedens“strategien der LINKEN, wie „Nato auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem mit Russland“ sind völlig unnachvollziehbar. Was ist der Unterschied eines „Sicherheitssystem mit Russland“ zur NATO? Für die Völker der Welt, gegen die alle diese Bündnisse um die Neuaufteilung der Welt gerichtet sind, ist das völlig egal.

REFORM-WUNSCHLISTE

Klar, es gibt im Wahlprogramm der LINKEN 1001 Forderungen für die werktätigen Menschen, die prima sind, wenn sie durchgesetzt würden.

Es gibt dabei nur zwei Haken: DIE LINKE stellt die meisten Reformforderungen von vorneher ein an der **bescheidenen unteren Grenze** auf. Beispiele: Statt einer 30-Std/Woche wird nur Senkung der Höchstarbeitszeit auf regelmäßig 40-Std/Wo sowie die Durchsetzung der 35-Std/Wo verlangt. Statt Verbot der Leiharbeit wird sich mit



„Leiharbeit strikt begrenzen“ begnügt. Bloß nicht zu viel fordern! Gleichzeitig gaukelt DIE LINKE vor, sie müsste nur gewählt und an die Regierung kommen. Schon könnte alles umgesetzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für alle, Mindestlohn, im Rentenalter nicht weniger als 800 Euro, Anhebung Hartz IV auf 500 Euro, Einführung einer Mindestsicherung, Reichtum besteuern, mehr Geld für Bildung, Rechte für Minderheiten, für behinderte Menschen, für alle Lebensformen, für Kinder etc. Die Liste ist lang, sehr lang und man verliert sich geradezu im Wust der einzelnen Punkte! Nur wie DIE LINKE **mit diesem Staat** solche Forderungen durchsetzen will, dazu schweigt sie sich aus!

... Gute Arbeit?

Wie sich die Phrasen in den Wahlprogrammen gleichen! DIE LINKE und SPD bedienen sich des blödsinnigen Schlagwortes „Gute Arbeit“. SPD: „Gute Löhne für gute Arbeit“. DIE LINKE fordert: „Recht auf gute Arbeit.“ (S.8) und will verhindern, dass „sich schlechte Arbeit weiter ausbreitet“. (S.8) Gute und schlechte Arbeit! Welches Märchen wird hier erzählt?

Im Kapitalismus gibt es keine „Gute Arbeit“! Die Werktätigen müssen ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, ihnen wird der Mehrwert abgepresst und sie erhalten nur so viel wie sie zum Überleben brauchen. Was kann daran gut sein? Die Arbeit ist entfremdet, sie dient nicht der Verwirklichung des Menschen, sondern zu seiner Ausbeutung! Wie wenig DIE LINKE mit dem Marxismus, mit Linkssein zu tun hat, zeigt sich an solchen kleinen ‚Details‘. Die Wahlpropaganda aller Parteien gleitet in Hohn ab, wenn angesichts der steigenden Erwerbslosigkeit, der Werfteninsolvenzen, der Kaufhausschließungen, Arbeitsplatzvernichtung auf breiter Front von **Vollbeschäftigung** und neuen Jobs geschwafelt wird. DIE LINKE will ein ‚Zukunftsinvestitionsprogramm‘: „Zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen!“ (Flyer „Mindestlohn jetzt“). Der Deutschlandplan Steinmeiers verspricht gleich: „Vollbeschäftigung 2020. Vier Millionen Arbeitsplätze.“ Die CDU hakt ab: „Wir stehen weiter ein für unser Ziel ‚Arbeit für alle‘“. (S.8) Und DIE GRÜNEN stehen nicht nach: „1 Million neue Jobs - Ein grüner New Deal für neue Arbeit und Innovation“.

... Frauen voran?

Die Gleichberechtigung der Frau gehört nicht zu den Schwerpunktthemen des Wahlkampfes der LINKEN. Aber das Wahlprogramm ist voll gestopft mit allen erdenklichen konkreten Forderungen, bis hin zur „Teilhabe von Frauen“ am Sport, der den „Abbau von Vorurteilen bewirken kann“. (S.28) Nach dem Motto ‚Frauen können auch schnell rennen‘?

Gleichwohl zeigt sich, dass die Reduzierung der **Befreiung der Frau** nur auf eine „Gleichberechtigungs-Frage“ den patriarchalen Pferdefuß der LINKEN wohl verdecken soll.

Die **„Spitzenkandidaten“** aller Parteien sind Männer – außer der Frau Kanzlerin und bei den GRÜNEN hat es immerhin noch zu einem gemischten Doppel Trittin/Roth gereicht. Auch bei der LINKEN. Die Wahlprogramme dagegen sind voll von ‚Frauen-Forderungen‘ wie von der CDU: „eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in Führungsfunktionen“, den GRÜNEN: „Frauen nach oben“ und allgemein unverbindlichem ‚Gleichberechtigungspalaver‘.

Und DIE LINKE wie sieht’s im eignen Laden aus? Wie hebt sie sich von den anderen Parteien in dieser Frage ab? Welche Bastionen haben die befreiten Frauen erobert? DIE LINKE will nach Selbstaussage für eine „moderne linke Politik“ stehen, tritt aber an als **Alt-Herren-Partei**.

Die Wahlkampf-Walrosse sind zwei alte, eitle Männer: Gysi & Lafontaine. Sie sind auf den Plakaten zu bewundern: Smily und adrett im Anzug, wahre Vorkämpfer für eine andere Gesellschaft! Nicht nur das Wahlkampfgespann, auch die Parteivorsitzenden sind männlich: Lafontaine & Bisky. Der Schatzmeister: Ein Mann. Der Bundesgeschäftsführer: Ein Mann.

Von vier stellvertretenden Parteivorsitzenden-Posten wurden gnädig drei jungen Ladies überlassen. Im Parteivorstand sind 44 Leute, davon 21 Frauen.

Diese Tatsache karikiert aber umso mehr die Alt-Herren-Führungsriege. Warum können diese vielen Frauen nicht auch tatsächliche Leitungsaufgaben übernehmen?

Die bescheidene Höchstforderung des Wahlprogrammes „Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ (S.40) sollten DIE LINKEN sich vielleicht zuallererst auf die eigene PartEIFahne schreiben?!



... Grenzen auf?

Den Allgemeinplatz „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ vertreten mittlerweile außer den Nazi-Parteien alle bürgerlichen Parteien. DIE LINKE bleibt in Phrasen verhaftet wie „Wir wollen die Rechte und Chancen der Migranten/innen stärken.“ (S.27) und tritt für konkrete, durchaus richtige Reformen wie „aktives/passives Wahlrecht für MigrantInnen“ ein. Aber vergeblich sucht man/frau im Wahlprogramm der LINKEN nach der zentralen Forderung **„Zuwanderungsgesetz abwählen“!** Das Zuwanderungsgesetz ist ein repressives Machwerk, das Einwanderung und Migration strikt nach kapitalistischem Profitinteresse begrenzt. Indem DIE LINKE nicht für seine Abschaffung eintritt, zeigt sie ihren Konsens mit den anderen bürgerlichen Parteien in dieser Frage.

Rassismus wird auf rechtsextreme Gewalt und NPD reduziert. (S.47)

Es wird nicht der deutsche Chauvinismus in der Mitte der Gesellschaft angegriffen, der zu **faschistischen Morden**, wie an Marwa El-Sherbini in Dresden vor den Augen der deutschen Justiz unter Mithilfe der Polizei zum Alltag werden Es wird nicht der Zusammenhang von räuberischer Auspressung von Migranten, ArbeiterInnen, Menschen ohne Papieren und Flüchtlingen mit den ganz normalen Regeln imperialistischer Ökonomie aufgedeckt. Den Kampf gegen Rassismus und Faschismus lenkt DIE LINKE auf **staatliche Bürokratenbahnen** und schraubt ihn auf Forderungen wie „unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ herunter. Die Faschisierung der gesamten Gesellschaft ist kein Thema. „Grenzen offen für Menschen in Not“ (S.28). Was versteht DIE LINKE darunter: Familiennachzug, Asyl aus politischen und ethnischen Gründen. Nur zur entscheidenden Frage, was ist mit den sogenannten wirtschaftlichen Gründen, also die Flucht von Menschen vor Hunger, Armut und Elend? Dazu wird sich ganz bewusst nicht geäußert. An keiner Stelle wird **„Grenzen auf für alle“** gefordert. Auch das ist ein Beweis für die Systemkonformität der LINKEN!

Regierungserfolge der LINKEN?

Kinderarmut: Gysi's persönliches Wahlplakat tönt großspurig: „Die Politik misst sich daran, was sie für Chancengleichheit und zur Überwindung von Armut tut, gerade bei Kindern.“ Gegenüber diesem Anspruch hat DIE LINKE in der Landesregierung Berlin komplett versagt. Berlin ist trauriger Spitzenreiter in der Kinderarmut: Jedes dritte Kind lebt von Hartz IV.

Sparpolitik: Gerade hier hat sich DIE LINKE in Berlin bestens bewährt. In einem Interview in der FAZ (29.1.08) stellt ihnen der Ex-Finanzsenator Sarrazin ein glänzendes Zeugnis aus: „Mit der Linkspartei lässt sich vernünftig haushalten“. „Wir reduzieren die gewaltige personelle Mehrausstattung im öffentlichen Dienst“, also Arbeitsplatzvernichtung und Dienst am Bürger: Stundenlanges Warten bei Bürgerämtern, Jobcentern etc. „Wir haben den Mitarbeitern (im öffentlichen Dienst) einen zeitlich begrenzten Gehaltsverzicht abgerungen.“

Also im Klartext Lohnkürzungen durchzudrücken, wobei noch verschärft hinzukommt, dass der Rot/Rote Berliner Senat aus der 'Tarifgemeinschaft' öffentlicher Dienst bereits ausgeschert ist. Dumpinglöhne für die ‚eigenen‘ Angestellten des Senates! Das sind wahre Reformen!

Abschiebungen: DIE LINKE im Abgeordnetenhaus in Berlin wendet sich massiv gegen „Unmenschliche Massenabschiebungen“ durch die Schwarz/Rote Bundesregierung und verkündet stolz: „In der Berliner Landespolitik sind solche unmenschlichen Sammelabschiebungen schon seit langem nicht mehr Praxis.“ (Presseerklärung, 7.5.09) Ja, aber was wird verschwiegen? Die ständig ablaufenden Einzelabschiebungen von Flüchtlingen aus Berlin! Das soll „menschlich“ sein?

Überwachung- und Polizeistaat: DIE LINKE spricht sich zwar gegen Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen etc. aus. Aber sehr verhalten. Die flächendeckende Überwachung der Gesamtbevölkerung durch Kameras im öffentlichen Raum wird in Linker Regierungspraxis in Berlin genauso betrieben wie anderswo. Darüberhinaus gibt sich DIE LINKE staatstragend: "Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität" (S.44) und fordert dafür: "Polizei und Justiz müssen gut ausgebildet und modern ausgerüstet sein". Kein Wort zu sozialen Ursachen von Kriminalität und um mit Brecht darauf zu antworten ‚Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Und kein Wort zur Funktion des Polizeiapparates: Niederschlagung von Massenaktionen wie Anti-G8, Anti-Nato-Demonstrationen, Arbeiterstreiks. Als LINKE dafür eine bessere Aufrüstung zu verlangen und in Berlin praktisch umzusetzen ist sagenhaft!



DIE LINKE – KEINE ALTERNATIVE!

Fazit: DIE LINKE ist keine Partei der werktätigen Menschen, der Arbeiterklasse, sondern eine weitere bürgerlich-parlamentarische Kraft, die an der politischen Macht im Namen der Werktätigen teilhaben will, aber nur eine weitere „Stellvertreterpartei“ ist. Sie gibt sich staatstragend und „leiht dem Volk“ gnädig ihr Ohr. Das Wahlprogramm schließt: „Unsere Fraktion wird auch in den kommenden vier Jahren offen sein für den Protest und die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer... Ihre Ideen und ihr Engagement wird gebraucht.“ (S.57)

Sie ist, wie ihr Wahlprogramm verkündet, **sozial + demokratisch**: Eine wahre neue sozialdemokratische Partei. Denn mit grundlegender Veränderung, mit Umwälzung, gar mit Revolution hat sie nichts am Hut. Für das Establishment übernimmt DIE LINKE die Funktion, die die GRÜNEN früher hatten. Sie soll Protestbewegungen und Widerstand einbetten in das parlamentarische Getriebe, zahnlos und kraftlos halten oder machen. Sie soll den Glauben an den reformierbaren Kapitalismus schüren und jeden wirklichen Protest, Arbeitskämpfe, politische Streiks, Forderungen nach einer anderen Gesellschaft schön im Zaum halten. Darum: DIE LINKE ist keine Alternative.

UNSERE ALTERNATIVE: WAHLBOYKOTT

Innerhalb der linken Bewegung ist die **MLPD** die wichtigste Organisation, die sich an den Bundestagswahlen beteiligt! Sie präsentiert sich als „**sozialistische Alternative**“, die für „die Perspektive Verwirklichung des echten Sozialismus“ (webseite) im Wahlkampf wirbt. Aber sie bleibt die entscheidende Antwort auf die Frage schuldig 'wie kommen wir dahin'. KommunistInnen müssen im parlamentarischen Wahlkampf gerade diese Antwort geben. Sie lautet, nur die proletarische Revolution in der BRD, Klassenkampf auf der Straße und nicht parlamentarischer Kampf wird einen Systemwechsel herbeiführen. Das Parlament kann nur als eine Tribüne für den Angriff gegen das Kapital dienen.

Mit ihren konkreten Wahlforderungen beweist die MLPD, dass sie im Reformismus verhaftet bleibt und sich gerade nicht fundamental von der LINKEN abgrenzt: „Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selber zahlen“, „Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland“, „Verbot aller faschistischen Organisationen“, „Weg mit Hartz IV!“, „Aufgepasst: Nach den Wahlen kommt das Zahlen!“ Das fordert auch DIE LINKE ein. Dass dieser klare Trennungsstrich fehlt, beweist auch der Wahlkampflogan der MLPD: „Wer will dass sich nichts ändert, wählt cdu-csu-fdp-spd-grüne. Für alle anderen die sozialistische Alternative! MLPD!“ Hier lässt sie DIE LINKE einfach außen vor und die Frage, „ändert sich etwas mit der Wahl der LINKEN?“ unbeantwortet.

Darum ist auch die MLPD keine Alternative für klassenkämpferische ArbeiterInnen.

Darum sagen wir: WAHLBOYKOTT und Verstärkung des Klassenkampfes.

Kritische ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen, viele junge rebellische Menschen stimmen uns sofort zu, wenn wir sagen, die Wahlen ändern grundsätzlich nichts. Nur dann kommt das große ABER: „Wenn wir DIE LINKE wählen, versetzen wir nicht den Staatsparteien dann auch einen Denkkzettel?“ Es gibt auch linke Gruppen, die praktisch Wahlagitation für DIE LINKE betreiben und nahe legen, das sei das „kleinere Übel“. Das bewegt sich aber alles auf der Ebene des „parlamentarischen“ Denkens. Wir sagen, letztlich ist es heute völlig wurst, ob eine Schwarz/Gelbe oder Rot/Grün/Gelbe oder Schwarz/Rote oder Rot/Rot/Grüne Regierung bei den Wahlen herauskommt.

Auf jeden Fall wird das **Ergebnis der Bundestagswahlen** eine Politik sein, die dem Kapital und nicht den arbeitenden, werktätigen Menschen nutzt! Eine wirkliche parlamentarische Alternative, die die Interessen der unterdrückten und ausgebeuteten Werktätigen im Parlament zur Sprache bringt, gibt es heute nicht!

Vertreten wir das im Wahlkampf offensiv gegenüber allen Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Freundinnen, in den Gewerkschaften und im Betrieb: „**Ich wähle bei diesen Wahlen niemanden, keinen Politiker und keine Partei!** Denn grundsätzlich ändert sich dadurch heute nichts“. Damit provozieren wir Diskussionen und Nachdenken über die herrschenden Verhältnisse und mögliche Lösungen. Organisieren wir Wahlboykott-Partys und Wahlboykott-Veranstaltungen. Verweigern wir

offensiv dem System den „Pflichtgang“ in Sachen Demokratie.

Es kommt nicht von ungefähr, dass ein wichtiges Wahlkampfthema der bürgerlichen Parteien die **niedrige Wahlbeteiligung** und die ideologische Mobilmachung gegen die „NichtwählerInnen“



ist. Natürlich sind nicht alle NichtwählerInnen gleich antikapitalistische Systemgegner! Aber die Zunahme der NichtwählerInnen hat ein politisches Gewicht. Das demonstriert die Gleichgültigkeit bzw. Ablehnung gegenüber dem ganzen Wahlzirkus. Gingen 1971 noch 91,1% der Wahlberechtigten an die Urne waren es 2005 noch ganze 77,7%, die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen der BRD. Seit 1990 sind die NichtwählerInnen die dritt größte Gruppe unter den Wahlberechtigten. Zählen wir die Migranten hinzu, die in der BRD leben aber von den Wahlen ausgeschlossen sind, ist es die zweit größte Gruppe.

Bewusster Wahlboykott ist heute ein Protestschritt. Es ist ein Schritt, sich dem System zu verweigern und nein zu sagen. Dass es damit nicht getan ist, ist klar. Diesem Schritt müssen viele weitere im Kampf um eine andere Welt folgen.

KLASSENKAMPF ORGANISIEREN!

„Ja, was setzt ihr denn diesem System entgegen?“ fragen uns immer viele Leute, die auch gegen die herrschenden Verhältnisse sind. Wenn wir durch Wahlen nichts verändern, wodurch denn dann?

Wir wissen, dass es heute mehr als utopisch klingt, wenn wir sagen: **das System, der Kapitalismus und Imperialismus** muss gestürzt werden. Aber es ist einfach die Wahrheit. Nur dann wird sich wirklich etwas grundlegend ändern. Die Unmenschlichkeit des Systems liegt auf der Hand. Hier bei uns Erwerbslosigkeit, Arbeitshetze, Leiharbeit, prekäre Arbeitsplätze, Armut, Obdachlosigkeit, Zukunftslosigkeit für die Jugend, Vernichtung der Umwelt-Lebensgrundlagen, Frauenunterdrückung, Rassismus gegen MigrantInnen, Menschen anderer Hautfarbe, Faschismus, Antisemitismus, deutscher Chauvinismus – alles das sind nicht vorübergehende Probleme.

Es sind keine „Konjunktur“erscheinungen schlechter Zeiten. Es sind die Wegbegleiter des Systems!

Die andere Seite der Medaille ist: uns geht es – im Vergleich zu den werktätigen Menschen in den abhängigen Ländern – noch relativ besser. Und zwar auch deshalb, weil wir von der besonderen Auspressung der ArbeiterInnen dieser Länder und ihrer Rohstoffe durch „unsere“ Kapitalisten mitprofitieren. Wir können ‚verschwenderisch‘ damit umgehen, während die Menschen dieser Länder im Elend versinken. In den abhängigen Ländern, wo die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, zeigt die Barbarei ihr ganzes Grauen im 21. Jahrhundert: völlige Verarmung, Epidemien wie AIDS, Umweltkatastrophen, Hunger, Kriege wie in Afghanistan, im Irak, auf den Philippinen, in Sri Lanka, im Kongo, im Sudan, gewaltsame Niederschlagung von Aufständen hungernder Bauern & ArbeiterInnen, Kinderelend, Menschenhandel, Prostitution, Frauenversklavung!

Alle „Reformvorschläge“ der Machthaber und Politiker zielen nur darauf ab, die Profite zu erhöhen. Alles andere ist nebensächlich. Daher helfen auch keine reformistischen, kosmetischen Korrekturen. Das System ist marode.

Im Alltag in den Betrieben, in den Fabriken, in den Büros, in Bildungsstätten, in den Gewerkschaften, in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, setzen sozialistische, kommunistische, revolutionäre AktivistInnen/Organisationen Zeichen gegen die Herrschende Ordnung. ArbeiterInnenkämpfe, Antikriegsdemonstrationen, Anti-Hartz IV- und Sozialabbau-Zusammenschlüsse, Anti-Atom- wie Anti-Genfood-Kämpfe, Flüchtlings- und MigrantInnen-Organisationen, antipatriarchale Frauenbewegungen, antiimperialistische Kampagnen, Aktionen gegen die Naturvernichtung wollen den politischen Konsens der „bürgerlichen Mitte“ brechen.

Aber noch sind unsere Kräfte schwach, noch sind wir in Abwehrkämpfe verstrickt, noch fehlt eine wirklich organisierte politische Bewegung, eine, die alle Widerstandslinien zusammenführt und in den Mittelpunkt das Streiten und Kämpfen für eine neue, eine andere, eine sozialistische Welt stellt. Für uns KommunistInnen ist diese Kraft eine **revolutionäre Kommunistische Partei**, die den herrschenden Zuständen eine Alternative entgegen stellt und dafür eine breite Massenorganisation entfaltet. Noch gibt es eine solche Organisation nicht, noch gibt es eine zersplitterte linke Bewegung und viele Ansätze für die Veränderung des kapitalistischen Systems. Aber keine hat in den politischen Auseinandersetzungen ihre Überzeugungs- und Kampfkraft bisher schlagkräftig erwiesen. Auch wir nicht. Daran zu arbeiten haben wir uns zum Ziel gesetzt. Wir sehen es als unsere revolutionäre Aufgabe an, in den politischen Kämpfen die Erkenntnis zu verankern, nur durch einen wirklichen Umsturz der Gesellschaft, nur durch eine Revolution werden die Verhältnisse wirklich „zum Tanzen“ gebracht.

**Kampf für die proletarische Revolution
das ist unsere Wahl!**



KLASSENKAMPF & PARLAMENTARISMUS

Deutschland 1928

Der Wahlkampf ist, so haben wir es von den Anhängern des demokratisch parlamentarischen Systems oft genug gehört, nur das Einleitungsgefecht für die „entscheidenden Schlachten“, die dann im neuen Parlament geschlagen werden sollen. Er ist gewissermaßen der Aufmarsch der feindlichen Heere zur Beziehung der Kampfstellungen, von denen aus der eigentliche „Krieg“ geführt werden soll. Aber diesen Krieg führen dann nicht die Massen, die bei den Wahlen mobilisiert wurden. Die werden wieder nach Hause geschickt. Eine kleine, auserwählte Schar führt dann den eigentlichen Kampf durch. Und die Auswahl dieser Kämpfer erfolgt immer so, daß „zivilisierte Kampfformen“ nach den Regeln der guten bürgerlichen Umgangsformen zwischen „gebildeten Leuten“ gesichert sind.

Die Massen, die für solche Kampfregeln zu wenig Verständnis haben, müssen, das ist eben der Zweck des Parlamentarismus, vom Kampfe ausgeschlossen werden. Es ist ja schon unangenehm genug, daß man sie überhaupt für die Wahlen und für den Wahlkampf mobilisieren muß.

Die richtigen Parlamentarier machen von dieser Mobilisierung ja auch nur ungern Gebrauch und sind immer froh, wenn die Wahlen vorüber sind. Dann sind sie bald wieder in den geheiligten Räumen des parlamentarischen „Kampfplatzes“ schön unter sich. Zu ihrem großen Leidwesen ist ja auch das nicht mehr so recht der Fall, denn jene Sorte von „Kollegen“, die für den Kommit dieser exklusiven Gesellschaft gar kein rechtes Verständnis haben, vermehrt sich immer mehr und stört immer empfindlicher die reinen parlamentarischen Freuden. Im Deutschen Reichstag wird es jetzt schon 54 solcher Gesellen geben. Man kann es daher dem Herrn Präsidenten dieser vornehmen Körperschaft, dem Sozialdemokraten Löbe, nicht verdenken, daß er an eine Verschärfung seiner Hausordnung denkt, um die Kommunisten im Zaume zu halten.

Aber diese Kommunisten untergraben die parlamentarische „Demokratie“ noch auf ganz andere Weise. Unmittelbar nach den Wahlen, gleich am nächsten Sonntag, also gerade zu der Zeit, wo die Regel dieser Demokratie es vorschreibt, die Massen wieder nach Hause zu schicken, haben sie die Massen aufgerufen, haben sie Hunderttausende auf den Straßen Berlins aufmarschieren lassen, und zwar mit einer solchen, von der Bourgeoisie unerwarteten Wucht aufmarschieren lassen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident, noch dazu in diesen Tagen des Manövrierens der Sozialdemokratie vor dem Eintritt in die Koalition, von all den Hunderttausenden nur einen einzigen erschießen zu lassen wagte, was im Vergleich mit den Heldentaten eines Noske und den Verpflichtungen, die ein sozialdemokratischer Polizeipräsident gegenüber der Bourgeoisie hat, ein lächerlicher Mißerfolg ist.

Die Wucht des Aufmarsches der hunderttausend Frontkämpfer, die stürmische Bekundung der Sympathien durch hunderttausende Berliner Arbeiter, der Umstand, daß an den Festtagen des Heiligen Geistes, an welchen die Arbeiter nach sozialdemokratischem Brauch Ausflüge machen und im Walde Frühlingslieder singen sollen, die Hauptstadt der Hindenburg-Republik im Zeichen des revolutionären Klassenkampfes, unter der Herrschaft der Kommunisten stand – das alles machte einen so gewaltigen Eindruck, daß nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch der „Vorwärts“ dies eingestehen mußte.“

„Die Kommunistische Internationale“, Heft 23/24

